



## Informationen Ihres Europaabgeordneten

**Dr. Christian Ehler, CDU/EVP**

### Liebe Brandenburgerinnen, liebe Brandenburger,

Auch im März 2014 ist in Europa wieder einiges passiert, über das wir Sie gerne informieren möchten. In dieser Ausgabe möchte ich Ihnen einen Eindruck von unserem 6. Europakongress vom 28. und 29. März geben und Ihnen weitere Informationen zu folgenden wichtigen europapolitischen Themen bereitstellen:

- 1. Aufruf zu den Europawahlen am 25. Mai 2014**
- 2. Bericht: 6. Europakongress am 28./29. März 2014 in Potsdam**
- 3. Ende des Roamings und freie Bahn für Netzneutralität im Internet**
- 4. Zollsenkungen für die Ukraine**
- 5. Einigung bei der Abwicklung von Pleitebanken**

Ich hoffe, dass wir auch weiterhin unseren Dialog über die Europapolitik fortsetzen können!

Mit den besten Grüßen und Wünschen,

Ihr

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 12 E 205  
3  
B-1047 Bruxelles  
Tel.: +32 228 45325

Europäisches Parlament  
Allée du Printemps  
Bât Louise Weiss T 10007  
F-67070 Strasbourg  
Tel.: +33 3881 75325

Europabüro/CDU Brandenburg  
Gregor Mendel Strasse  
D-14469 Potsdam  
Tel.: +49 331 200 85 720

---

## 1. Aufruf zu den Europawahlen am 25. Mai 2014

Liebe Brandenburgerinnen, liebe Brandenburger,

nach ereignisreichen fünf Jahren ist es am 25. Mai 2014 wieder soweit - zum 8. Mal finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt und sie sind gefordert Ihre Stimme zu nutzen, um Europa eine starke Stimme zu geben.

Die Europäische Union beeinflusst Ihren Alltag mittlerweile in vielfältigen Bereichen. Die Aufgabenfelder der Kommunen, die die europäischen Gesetze und Richtlinien vor Ort umsetzen und anwenden müssen, werden von circa 80% der europäischen Entscheidungen direkt oder indirekt beeinflusst. Und damit auch Ihr direktes Lebensumfeld mit all' jenen politischen Fragen, die Sie ganz direkt beschäftigen.

Als Europaabgeordneter sehe ich es daher als meine Aufgabe an, in den wichtigsten Politikfeldern die Interessen Brandenburgs effizient einzubringen und durchzusetzen. Stets unter der Prämisse von so viel Freiheit wie möglich, so wenig Regelung wie nötig!

In der vergangenen Legislaturperiode konnte Brandenburg bereits enorm von Europa profitieren. Mit Hilfe der Europäischen Strukturfonds (EFRE, ESF und ELER) in Höhe von rund 3,2 Mrd. Euro wurden hier im Land gezielt Wirtschaft, Bildung, Infrastruktur sowie die Entwicklung des ländlichen Raums gefördert. Bereiche, die mir auch ganz persönliches ein wichtiges Anliegen sind. Mehr

als 23.000 Projekte konnten so in Ihren Regionen mit EU-Geldern unterstützt werden.

Zusammen mit der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament konnten wir auf europäischer Ebene wichtige Weichenstellungen für die Brandenburgischen Kommunen beeinflussen und so die Interessen der Bürgerinnen und Bürger effektiv durchsetzen. Nicht zuletzt haben dies auch die stabilen Mehrheitsverhältnisse im Parlament ermöglicht. Durch die nun wegfallende 3%-Hürde sind diese jedoch gefährdet wie nie und erfordern umso mehr eine zahlreiche Wahlbeteiligung.

Darum bitte ich sie: Gehen sie am 25. Mai zur Wahl, denn auch in Zukunft möchte ich Verantwortung für Sie und Ihre Interessen übernehmen und mich für Brandenburg stark machen. Wir wollen, dass es 2019 den Menschen in allen Teilen der Europäischen Union besser geht als heute. Daher bitte ich Sie um Ihre Unterstützung. Bei der Europawahl 2014 werden die Weichen für das Europa von morgen gestellt.

Ihr 

---

## 2. Europakongress in Potsdam: „Kommunale Energiewende europäisch denken“

**Am 28. und 29. März 2014 habe ich bereits zum 6. Europakongress nach Potsdam eingeladen. Die diesjährige Veranstaltung stand unter dem Motto: „Kommunale Energiewende europäisch denken“.**

Mit dem Ausstieg aus der Atomkraft und der geplanten Energiewende nimmt Deutschland eine Vorreiterrolle in der EU ein. Doch die Erfahrungen bisher haben gezeigt, dass es noch zahlreiche Herausforderungen auf dem Weg zu einer CO<sub>2</sub>-ärmeren Wirtschaft gibt, für die es noch passende Lösungen zu suchen gilt.



Im Mittelpunkt des diesjährigen Europakongresses stand deshalb die Energiewende und die damit verbundene Chancen und Herausforderungen für die Kommunen.

Der erste Teil des Kongresses befasste sich mit der Energiewende aus europäischer und deutscher Sicht, bevor dann kommunale Vertreter regionale Projekte und Konzepte vorstellten. Den Anfang machte Herr Franz-Reinhard Habel, Sprecher und Direktor für politische Grundsatzfragen des Deutschen Städte und Gemeindebundes, mit seinem Impulsvortrag zur Rolle der Kommunen bei der Energiewende. Jens Koeppen, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestages, gab danach einen Überblick über die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und ihre Auswirkungen auf die kommunalen Verantwortungsträger. Im zweiten Teil wurden dann kommunale Energiekonzepte vorgestellt. Mike Blechschmidt, Vorsitzender des Wachstumskerns Autobahndreieck Wittstock/Dosse e.V. informierte über die Einspeisung von erneuerbaren Energien in das Stromnetz sowie die Erforschung von Speichermöglichkeiten am Beispiel der Energy Cloud und Dr. Andreas Heinrich, 2. Beigeordneter der Stadt Prenzlau, berichtete über das Konzept der Energiekommune Prenzlau. Im Rahmen des sich anschließenden Abendempfangs konnten sich die Teilnehmer des Kongresses zu den Vorträgen vertiefend austauschen.

Den zweiten Kongresstag haben wir traditionell mit einem kulturellen Programmpunkt unserer Landeshauptstadt Potsdam abgerundet. In diesem Jahr stand der Besuch des neuen Landtagsgebäudes auf dem Programm. Unter Führung des stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden Dieter Dombrowski haben wir dort interessante Einblicke in die Arbeit der CDU-Landtagsfraktion erhalten und konnten uns im Anschluss zu weiteren kommunalpolitischen Themen austauschen.

### 3. Ende des Roamings und freie Bahn für Netzneutralität im Internet

Am 18.03.2014 stimmte der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie mit überwältigender Mehrheit für die von der EVP mit initiierte „Telecoms Single Market“ Initiative. Diese ermöglicht es den europäischen Bürgern in Zukunft auch im Ausland mit dem Mobiltelefon auf Onlinedienste zuzugreifen, ohne, dass dabei wie bislang oft horrenden Gebühren fällig werden.



Darüber hinaus wird mit der Initiative auch das Prinzip der Netzneutralität im Internet eingeführt. Zukünftig wird Datenverkehr im Internet dadurch gleich behandelt, ohne Einschränkung oder Diskriminierung, unabhängig vom Sender oder Empfänger, Datentyp, Inhalt, Endgerät, Dienst oder Anwendung. Durch diese erstmalige Definition soll ein faires Gleichgewicht zwischen freiem Internetzugang mit den Prinzipien der Transparenz und Diskriminierungsfreiheit und der Möglichkeit für den Markt sich auch weiterhin zu entwickeln, konkurrenzfähig zu bleiben und innovative Produkte auf den Markt zu bringen, geschaffen werden.

Eines dieser Produkte sind die sogenannten „Specialised Services“, die durch spezielle Verbindungen zwischen Nutzer und Provider bereitgestellt werden und sich von herkömmlichen unterscheiden. Auch sie werden durch die Initiative nun erstmals geregelt, um die Diskriminierungsfreiheit des Datenverkehrs sicherzustellen. So dürfen sie nicht vermarktet oder als gängiger Ersatz für den regulären Internetzugang angeboten werden.

Damit stellt die Verabschiedung der „Telecoms Single Market“ Initiative zum einen den freien Zugang mit offener Informationsverbreitung zum Internet für die Nutzer sicher und gibt den Anbietern zum anderen die Möglichkeit „Specialised Services“ anzubieten, sofern freie Kapazitäten bestehen, deren Nutzung sich nicht negativ auf den regulären Internetzugang auswirkt.

#### 4. Zollsenkungen für die Ukraine

Der Außenhandelsausschuss des Europäischen Parlaments hat am 20. März mit großer Mehrheit für die Abschaffung von Handelsbarrieren für die Ukraine gestimmt. Etwa 98% der Zölle, die an der europäischen Grenze für ukrainische Exporte anfallen, würden durch diesen Vorschlag abgeschafft werden. Dadurch könnte die ukrainische Wirtschaft bis zu 500 Millionen Euro in diesem Jahr einsparen. Der außenhandelspolitische Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Daniel Caspary (CDU) erklärt, dass damit ein Absturz der ukrainischen Wirtschaft und eine Ausbreitung von Massenarbeitslosigkeit in der Ukraine verhindert werden soll.



Die EU-Handelshilfe für die Ukraine muss nun noch vom Plenum des Europäischen Parlaments gebilligt werden. Die Plenarabstimmung ist für den 3. April vorgesehen. Die Zollbefreiung soll dann ab Juni dieses Jahres gelten und zunächst bis zum 1. November 2014 befristet sein.

#### 5. Einigung bei der Abwicklung von Pleitebanken

Das Europäische Parlament und der Rat haben sich am 20. März nach einem 16-stündigen Verhandlungsmarathon auf den einheitlichen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism – SRM) geeinigt. Nach der europäischen Bankenaufsicht, der Einlagensicherung sowie der Gläubigerhaftung ist jetzt auch die Schließung einer Bank organisatorisch wie finanziell auf EU-Ebene geregelt. Die vorläufige Einigung kam gerade rechtzeitig, um das Vorhaben noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden. Dies wird das Vertrauen in europäische Banken wieder stärken und die Kreditvergabe an die Realwirtschaft ankurbeln.



Durch den einheitlichen Abwicklungsmechanismus soll sichergestellt werden, dass in Schieflage geratene Banken effizient und zu minimalen Kosten für den Steuerzahler und die Realwirtschaft abgewickelt werden können. Im Falle grenzübergreifender Insolvenzen ist dieser Mechanismus sehr viel effizienter als ein Netz nationaler Behörden und wird Ansteckungsrisiken vermeiden.

Anstelle des Steuerzahlers soll künftig ein europäischer Bankenabwicklungsfonds die Abwicklung von Pleitebanken finanzieren. Gemäß der Einigung soll der Abwicklungsfond in acht Jahren durch

---

Bankenabgaben gefüllt werden, mit einem Zielvolumen von rund 55 Mrd. Euro. Beitragspflichtig für den Abwicklungsfonds sollen alle Kreditinstitute sein, also auch mittlere und kleinere Banken. Die Finanzmarktkrise von 2008 hatte gezeigt, dass etwa in Spanien auch kleinere Institute systemische Gefährdungen verursachen können.

Die Entscheidung, ob eine Bank abgewickelt werden muss, soll von der EZB-Aufsicht angestoßen werden. Anschließend befasst sich das Steuerungsgremium des Abwicklungsfonds mit dem Fall. Wenn EU-Kommission und Mitgliedsstaaten keinen Einspruch erheben, kann die Abwicklung in innerhalb von 24 Stunden eingeleitet werden. Im Krisenfall kann somit rasch ein tragfähiger Beschluss gefasst werden – ein entscheidender Vorteil wenn man bedenkt, dass die langwierigen Verhandlungen über die zyprischen Banken im letzten Jahr die Kosten enorm in die Höhe getrieben haben.

Die Plenarabstimmung über den gemeinschaftlichen Abwicklungsmechanismus wird voraussichtlich im April stattfinden. Der Abwicklungsmechanismus kann dann zum 1. Januar 2015 in Kraft treten.

Bildquellen:

- 1) <http://www.eppgroup.eu/de/news/FAQ%3A-Open-Internet-provisions-in-the-Telecoms-Single-Market-Regulation>
- 2) <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bild-955704-663831.html>
- 3) <http://www.eppgroup.eu/press-release/Green-light-for-abolishing-tariffs-on-some-Ukrainian-goods->